



Sitzung des Stadtrates am 26.03.2025

Änderungsantrag der Fraktionen Volt / MitBürger, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP/FREIE WÄHLER und Die Linke zur Beschlussvorlage „Jugendhilfeplanung der Stadt Halle (Saale) - Teilplan für die Leistungen der Jugendhilfe (§§ 11 - 14, 16 SGB VIII) für die Leistungen der Jugendhilfe (§§ 11 - 14, 16 SGB VIII) für die Jahre 2026-2029“ (VIII/2024/00657), hier: Prävention von Jugenddelinquenz

Vorlagen Nummer: VIII/2025/01003

TOP: 10.10.3

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Stadtverwaltung empfiehlt, den Antrag abzulehnen.

Begründung:

Im Zuge der anhaltend hohen Anzahl jungtatverdächtiger Personen in der Stadt Halle (Saale) wurde im Schulterschluss mit dem Land Sachsen-Anhalt eine umfassende Strategie zur Prävention und Bekämpfung von Jugenddelinquenz erarbeitet. Dies fand Ausdruck im 9-Punkte-Plan, den das Land Sachsen-Anhalt gemeinsam mit der Stadt Halle (Saale) im Jahr 2023 verabschiedet hat. Die im Rahmen dieses Plans umgesetzten Maßnahmen zeigen mittlerweile nachweisbare Wirkung.

Die polizeiliche Kriminalstatistik für die Stadt Halle (Saale) aus dem Jahr 2024 verdeutlicht einen Rückgang der Straftaten durch junge Menschen im Vergleich zu den Vorjahren. Die durchschnittliche Anzahl der monatlich angezeigten Jungtatverdächtigen bewegt sich mittlerweile auf einem ähnlichen Niveau wie vor der Pandemie. Dies weist darauf hin, dass die umgesetzten Maßnahmen greifen und bereits zu einer Stabilisierung der Situation geführt haben.

Die Stadtverwaltung begrüßt das Unterstützungsangebot für Familien zur Prävention von Jugenddelinquenz ausdrücklich und erachtet es als zielführend. Aufgrund der oben beschriebenen positiven Entwicklung ist derzeit jedoch keine Notwendigkeit für eine Ausweitung der Maßnahme erkennbar. Die bestehenden Kapazitäten scheinen ausreichend, um den aktuellen Bedarf zu decken. Sollte sich im weiteren Verlauf ein unerwarteter Anstieg der Fallzahlen zeigen, besteht die Möglichkeit, flexibel im Rahmen einer Maßnahme zur Deckung eines unvorhergesehenen Bedarfs zu reagieren.

Katharina Brederlow
Beigeordnete